

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 24. Februar 2026 in Brüssel**

Am 24. Februar 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung des Europäischen Rates am 19./20. März 2026. Unter Sonstiges wurden die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit gegen gewaltfreien Extremismus, ausländische Einflussnahme und Radikalisierung im Internet sowie das sogenannte „28. Regime“ behandelt. Zu Beginn der Ratstagung fand eine Schweigeminute anlässlich des vierten Jahrestages seit Beginn der Aggression Russlands gegen die Ukraine statt.

### **Vorbereitung des Europäischen Rates am 19./20. März 2026**

Es fand ein Austausch zur Vorbereitung des Europäischen Rates auf Basis des Entwurfs der erläuterten Tagesordnung statt.

Zu Beginn verwies ich auf den Jahrestag der Aggression Russlands gegen die Ukraine am Tag der Ratstagung am 24. Februar und bekräftigte die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine durch Österreich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten.

Die Schwerpunktsetzung der erläuterten Tagesordnung des Europäischen Rates im März 2026 begrüßte ich.

Zum Thema Wettbewerbsfähigkeit forderte ich greifbare Fortschritte und Vorschläge der Europäischen Kommission vor allem in den Bereichen Senkung der Energiepreise, Vertiefung des Binnenmarktes inklusive spürbarer Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger und mittelständische Unternehmen, sowie weitere Schritte in Richtung Kapitalmarktunion, etwa um Investitionen von europäischem Geld in europäische Unternehmen zu fördern.

Zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen für 2028-2024 verwies ich auf die bereits mehrfach vorgebrachte Grundposition Österreichs, die etwa ein niedrigeres Gesamtvolumen als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen sowie die Beibehaltung des Beitragskorrekturmechanismus umfasst. Ziel müsse ein sparsamer, vernünftiger Umgang mit öffentlichen Geldern sein. In diesem Zusammenhang verwies ich auf eine Initiative Österreichs mit weiteren Mitgliedstaaten zur Reduktion der Verwaltungskosten im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens.

## **Sonstiges**

Ich stellte eine gemeinsam mit Ungarn erarbeitete Initiative zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von gewaltfreiem Extremismus, Einflussnahme aus dem Ausland und Online-Radikalisierung vor. Ich verwies dabei auf die Tagung des „Vienna Forum on Extremism“ vom 2. Dezember 2025. Vor allem im digitalen Bereich gebe es zahlreiche neue Formen des Extremismus und der ausländischen Einflussnahme, wobei grundlegende europäische Werte, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf dem Spiel stünden. Ich betonte die Wichtigkeit von Koordinierung in allen Bereichen, weshalb es mehr Informationsaustausch auf europäischer Ebene, einen rascheren Reaktionsmechanismus sowie ein gemeinsames Hassprediger-Register brauche.

Frankreich begrüßte die Überlegungen der Europäischen Kommission, einen Rechtsrahmen zur Harmonisierung des Gesellschaftsrechts (sogenanntes „28. Regime“) zu schaffen und legte die aus Sicht Frankreichs wichtigsten Eckpunkte für ein solches Regime dar.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. April 2026

Claudia Bauer

Bundesministerin für Europa, Integration und Familie